

# M Ostdeutsche Morgenpost

**Bezugspreis:** Durch unsere Boten frei ins Haus 3.— Zloty monatlich oder 2,60 Zloty halbjährlich (einschließlich 1.— Zloty Bestenstellungsgebühr, im voraus zahlbar. Sämtliche Postämter in Polen nehmen Lesungsbestellungen entgegen. Die „Ostdeutsche Morgenpost“ erscheint siebenmal in der Woche, frühmorgens — auch Sonntags und Montags —, mit achtseitigen Beilagen, Sonntags mit der 16 seitigen Kupferdruckbeilage „Illustrierte Ostdeutsche Morgenpost“. Durch bösh. Gewalt hervorgerufene Betriebsstörungen, Streiks usw. begründeten keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes od. Nachlieferung der Zeitung.

## Führende Wirtschaftszeitung

Geschäftsstellen des Verlages: Katowice, ul. Wojewodzka 28, und Pszczyna, ul. Mickiewicza 26.

Für unverlangte Beiträge wird eine Haftung nicht übernommen.

**Anzeigenpreise:** Die 12-gespaltene Millimeterzeile im schlesischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., amtliche und Heilmittelanzeigen sowie Darlehensangebote von Nichtbanken 40 Gr., die 4-gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 bzw. 1,80 Zloty. — Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen sowie für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgebener Anzeigen wird eine Gewähr nicht übernommen. Bei Platzvorschrift 25% Aufschlag. Bei gerichtlicher Beitreibung, Vergleich oder Konkurs kommt jeglicher Rabatt in Fortfall. Anzeigenschluß: 16 Uhr. — Gerichtsstand: Pszczyna.

## Bericht des Internationalen Arbeitsamtes

# Rückgang der Arbeitslosigkeit

## Mit wenigen Ausnahmen

(Telegraphische Meldung)

Genf, 5. Januar. Aus der am Freitag veröffentlichten Arbeitslosenstatistik des Internationalen Arbeitsamtes für das letzte Vierteljahr 1933 geht hervor, daß sich die Lage auf dem Internationalen Arbeitsmarkt weiter gebessert hat. Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres ist in 20 Staaten ein Rückgang der Arbeitslosigkeit festzustellen. An erster Stelle steht dabei Deutschland.

Zugenommen hat die Arbeitslosigkeit in Slowakei. Auch in der Schweiz ist die Arbeitslosenziffer von 109 847 im Dezember 1932 auf 137 457 im Dezember 1933 gestiegen.

## Massenvertreibung aus Memel

Durch Entziehung der Arbeitserlaubnis / Im Gegensatz zum Memel-Recht

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Königsberg, 5. Januar. Wie aus Memel berichtet wird, laufen die den reichsdeutschen Staatsangehörigen erteilten Arbeitserlaubnisse fast alle im Laufe des Jahres ab. Wenn auch der Aufenthalt als solcher zum Teil noch für drei Monate bewilligt sein dürfte, so wird durch die Entziehung der Arbeitsmöglichkeiten bei vielen kaum ein weiterer Aufenthalt in Frage kommen. Man rechnet, daß hiervon ungefähr 3 000 Personen, Männer, Frauen und Kinder, betroffen werden, und daß etwa 900 Arbeitnehmer keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten werden.

Auch diese Maßnahme steht wie die Entlassung von 101 reichsdeutschen Beamten und Wehrern mit dem Memelstatut in Widerspruch, denn nach ihm gehörten die soziale Fürsorge und der Schutz der Arbeit in Handel und Gewerbe zu den Obliegenheiten der autonomen Behörden. Von den rücksichtslosen Eingriffen wird die memelländische Wirtschaft schwer betroffen, denn die Spezialisten sind zum größten Teile Spezialisten, die aus der kulturell tiefer stehenden litauischen Bevölkerung gar nicht ersetzt werden können.

## Neue Theater-Verbote in Memel

(Telegraphische Meldung)

Memel, 5. Januar. Die großlitauische Politische Polizei in Memel, die seit einiger Zeit die Zensur über alle zur Aufführung im Memeler Städtischen Schauspielhaus vorgesehenen Stücke ausübt, hat jetzt die Aufführung des Schauspiels „Matte“ von Hermann Burte und der Komödie „Die Heimkehr des Olympiasiegers“ von Sinbad untersagt. Das Verbot ist ohne Angabe von Gründen erfolgt.

Durch einen Erlass des Reichsstatthalters für Bremen und Oldenburg, Röber, wurde der Reichsführer der SS, Himmler, zum Kommandeur der Politischen Polizei für Oldenburg und Bremen ernannt.

## Neue Anklagen gegen von Hippel

(Telegraphische Meldung)

Königsberg i. Pr., 5. Januar. Die Sonderuntersuchungskommission hat gegen den früheren Generallandschaftsdirektor von Hippel am 1. Dezember 1933 eine neue Anklage wegen fortgesetzter Untreue, fortgesetzten verübten Betruges und wegen Betruges erhoben. von Hippel wird beschuldigt, sich durch Aufstellung von Rechnungen über fingierte Dienstreisen unrechtmäßige Gewinne verschafft zu haben. Ferner soll von Hippel versucht haben, durch unrichtige Angaben den Pensionskürzungsbestimmungen entgegenzugehen. Schließlich wird ihm zur Last gelegt, nach Erlass der Sparverordnung des Reichspräsidenten das Ministerium durch falsche Angaben über die Höhe seiner Dienstbezüge getäuscht zu haben.

Außerdem hat der Untersuchungsrichter gegen von Hippel die Voruntersuchung wegen Meineids in zwei Fällen und Verleitung zum Meineid in einem Falle eröffnet.

## Breslauer Bauleitung der Reichsautobahnen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Januar. Jetzt sind drei weitere oberste Bauleitungen der Reichsautobahnen in Breslau, Dresden und Stuttgart eingerichtet worden, jedoch nurmehr zehn oberste Bauleitungen bestehen. Zu den Aufgaben der obersten Bauleitungen gehört auch die Vergabe von Leistungen und Lieferungen und die Einstellung von Kräften. Alle Anfragen in diesen Angelegenheiten sind daher ausschließlich an die oberste Bauleitungen, nicht an die Direktion der Reichsautobahnen in Berlin zu richten.

## In Preußen

## Früherzahlung der Beamtengehälter

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Januar. Nachdem die Zahlung des letzten Viertels der Beamtengehälter in Preußen in diesem Monat bereits am 15. erfolgt, hat der Preussische Finanzminister, Professor Dr. Popitz, nunmehr angeordnet, daß im Februar eine weitere Vorverlegung stattfindet und zunächst in diesem Monat den Beamten die zweite Hälfte der Gehälter bereits am 10. Februar in einer Summe ausbezahlt wird. Damit werden wieder für die Gehaltszahlungen in Preußen die gleichen Termine festgesetzt, wie sie für die Auszahlung der Gehälter an die Reichsbeamten gelten. Sofern es die Verhältnisse des Preussischen Staates irgendwie zulassen, wird diese einheitliche Zahlungsweise künftig beibehalten werden.

## Warum Luftschuk?

Wie oft wird diese Frage gestellt — wie oft klingt zwischen den Worten des Fragenden der Zweifel an der Notwendigkeit eines solchen Selbstschutzes durch! Wie oft zeigt sich immer wieder, daß viele Volksgenossen noch nicht die Gelegenheit benutzt haben, sich einmal grundlegend mit den unumstößlichen Tatsachen auseinanderzusetzen.

Der Zweifel, der hinter den Worten so vieler Frager steht, zeigt, daß ihnen die bedrohliche strategische Lage, besonders des deutschen Ostens, noch nicht klar geworden ist. Gerade diese bedrohliche Lage zwingt zur raschesten Durchführung von Selbstschutzmaßnahmen, die zu einer Lebensnotwendigkeit für jeden einzelnen von uns geworden sind. Machen wir es uns doch einmal klar, wie es tatsächlich aussieht! Während Deutschland unter dem Druck des Versailler Vertrages abrüstete, ja soweit abrüstete, daß heute nicht einmal die Möglichkeit zu einer aktiven Abwehr geblieben ist, haben die uns benachbarten Staaten in einer bisher nie dagewesenen Weise ihre Rüstungen vermehrt und für die technische Durchbildung ihrer Kriegsflyzeuge unerhörte Energien und Summen geopfert.

Die Tatsache, daß wir in Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes wehrlos gemacht wurden, ist umso bedrohlicher für uns, wenn wir gerade die Entwicklung der fürchtbarsten Waffen des 20. Jahrhunderts betrachten.

Zahlen allein vermögen kaum eine Vorstellung von der Gefahr zu vermitteln, in der wir tatsächlich schweben. Und doch möge der Hinweis darauf, daß mehr als 10 000 moderne Kriegsflyzeuge startbereit an den deutschen Grenzen stehen, zur Illustration dienen. Vergessen wir nicht, daß den Nachbarstaaten eine nahezu 15jährige Entwicklungszeit zur Verfügung stand, in der auf Grund der langjährigen Erfahrungen geradezu phantastische Leistungen in bezug auf die Konstruktion und den Ausbau der Luftwaffe erzielt werden konnten. Denken wir daran, daß in diesen 15 Jahren Fliegermannschaften herangebildet

werden konnten, die in jahrelangem Dienst zu einer meisterhaften Beherrschung ihrer Waffe erzogen wurden.

Während der gleichen Zeit war und selbst heute ist es uns versagt, in auch nur annähernd ähnlicher Weise für die Abwehr im Falle einer kriegerischen Verwicklung Sorge zu tragen. Dabei ist weiter zu berücksichtigen, daß die Entwicklung der Luftwaffe zum gefährlichsten und verberberlichsten Kampfmittel eines kommenden Krieges in keiner Beziehung als abgeschlossen anzusehen ist. Immer wieder wird von neuen Erfindungen und Verbesserungen berichtet, die einer Vervollkommnung dieses Kampfmittels dienen. Der bedeutende Wert, der heute der Luftwaffe beigemessen wird, zeigt sich besonders darin, daß die Generalstäbe aller Länder dem Bau von Bombenflugzeugen besonderes Wohlwollen widmen.

Heute liegt es so, daß jede deutsche Stadt in einem Zeitraum von nur einer Stunde angefliegen und zum Ziel eines vernichtenden Angriffs gemacht werden kann. Uns in Deutschland ist ja nicht nur die Abwehr in der Luft, also der Bau von Jagd- und Bombenflugzeugen verboten, sondern durch den Friedensvertrag sogar die Abwehr von der Erde aus unmöglich gemacht. Die Taktik eines zukünftigen Krieges geht aber zweifellos dahin, durch die Luftwaffe von vornherein jede kriegerische Tätigkeit der Heimat lahmzulegen, um den kämpfenden Heeren den Lebensadern abzuschneiden. Der Beginn eines kommenden Krieges wird sich also in erster Linie gegen strategisch wichtige Punkte des Hinterlandes richten und damit die gesamte Bevölkerung in diese kriegerische Verwicklung einbeziehen.

Aus diesem Grunde muß jeder Volksgenosse um seinen Schutz selbst bemüht sein. Die Einstellung, daß es Sache der Behörden sei, für einen ausreichenden Schutz der Bevölkerung zu sorgen, ist völlig irrig. Der behördliche Luftschutz kann nie und nimmer einem Millionenvolk einen ausreichenden Schutz gewähren, wenn nicht jeder von

# Abschluß der römischen Besprechungen

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 5. Januar. Der amtliche Bericht über die römischen Besprechungen ist trotz der Versicherung der Herzlichkeit der Unterredung unbefriedigend. Das ist der Eindruck, den er in allen politischen Kreisen gemacht hat. Wohl spricht der römische Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ von einer guten Saat, aber er fügt hinzu, daß es nicht von der günstigen römischen Atmosphäre abhängt, ob sie aufgehen und die Frucht tragen wird, an deren Genuß Europa wie an einer Arznei gesunden soll. Dieses Urteil deckt sich mit der Auffassung, die auch in den politischen Kreisen Berlins herrscht.

## Eine Lösung hat Rom nicht gebracht.

Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Unterhaltung zwischen Mussolini und Simon auch nur der Unterredung dienen sollte und allenfalls auch dazu, die Voraussetzungen für weitere Schritte zu schaffen.

In diesem Lichte gesehen, kann es als eine Verbesserung der Lage gelten, daß beide Staatsmänner erneut die Notwendigkeit einer Lösung der Abrüstung betont haben. Indem sie erklärten, daß man nach gemeinsamer Auffassung auf jeden Gedanken oder Vorschlag verzichten müsse, der nicht in sich selbst Elemente einer praktischen und schnellen Verwirklichung enthalte, und sich auf die zu beschränken habe, die in der internationalen öffentlichen Meinung schon zur Reife gebrungen sind und auf die Zustimmung der betreffenden Staaten rechnen können, haben sie für die weitere Erörterung ein engeres Feld umgrenzt. Leider sieht man nicht, welche

## festen Gedanken und Vorschläge sie dabei im Auge haben oder herausstellen zu können glauben, ohne sofort wieder das französische Störfeuer auf sich zu lenken.

So müssen wir uns einstweilen wieder mit dem nachgerade reichlich schwach gewordenen Trost begnügen, daß die englische und die italienische Regierung sich verpflichtet haben, dafür zu sorgen, daß die Verhandlungen fortgesetzt, und daß dabei die positiven Elemente nicht unterdrückt werden, wie es bisher immer der Fall gewesen ist. Sie werden nun zunächst abwarten, was die französische Denkschrift an Deutschland enthält.

Aus einigen französischen Pressestimmen glaubt man in manchen politischen Kreisen folgern zu dürfen, daß die französische Regierung sich jetzt doch nicht mehr ganz der Notwendigkeit von Zugeständnissen an den deutschen Standpunkt verschließen könne und bereit sei, über eine tatsächliche Angleichung der Rüstungen mit sich reden zu lassen. Aber es gehört nach allem, was wir während unseres gerechten Ringens um die Gleichberechtigung an Enttäuschungen von französischer Seite erlebt haben, schon ein sehr großer Optimismus dazu, an eine solche Wandlung zu glauben, auch wenn man in Betracht zieht, daß der gemeinsame englisch-italienische Druck jetzt größer ist als er je war.

In der

## Böllerbundsfrage

scheinen die Ansichten beider Regierungen noch ziemlich weit auseinanderzugehen, aber diese Frage geht Deutschland zur Zeit wenig an.

Der Chefredakteur des „Giornale d'Italia“ hebt in seinem Leitartikel die wesentlichen Punkte, die in den römischen Gesprächen als spruchreif erwähnt wurden, in folgenden:

1. Die vorher eingenommenen Stellungen dürfen keine Fesseln bilden, da sie in mehr als einem Falle überholt werden.

2. Die Schwierigkeiten für Europa beständen in dem erbitterten Streit zwischen Deutschland und Frankreich.

3. Deshalb könne keine wesentliche Entscheidung in Abwesenheit einer dieser Mächte getroffen werden, ohne daß sie den Verdacht und Widerstand bei der anderen hervorruft.

4. Der deutsch-französische Streit kipfelt in der Rüstungsfrage und in den Gegenständen in der Gleichberechtigung.

5. Die Gleichberechtigung muß in festen Formeln sofort wirksam werden; die Gleich-

sich aus durch tätige Mitarbeit im Luftschutz dazu beiträgt. In jedem Haus, in jeder Familie muß mit der Durchführung der notwendigen Selbstschutzmaßnahmen begonnen werden. Bereit sein für den Fall der Gefahr — das ist es, worauf es ankommt.

Verständnisvolle Zusammenarbeit im Luftschutz mit allen Hausbewohnern ist deshalb nur eine selbstverständliche Pflicht für jeden Deutschen. Machen wir uns endlich einmal frei von der falschen Einstellung — es hat ja Zeit — es wird schon nichts passieren. Ein Unglück kommt immer schneller als man denkt. Helfen wir daher alle, es in seinen Ausmaßen zu mildern.

Der Reichsluftschutzbund faßt alle Volksgenossen, welche die Gefahr der Stunde erkannt haben, zusammen. Der Reichsluftschutzbund will Lehrer und Helfer für alle sein und zeigen, wie jeder einzelne seine Pflicht für seine eigene Sicherheit und zur Sicherheit von Volk und Heimat erfüllen kann.

So können wir die eingangs gestellte Frage: „Warum Luftschutz?“ mit „Luftschutz tut not!“ beantworten, denn — Luftschutz ist Selbstschutz —

berichtigung ist von der politischen Seite dieses Problems nicht zu trennen und umfaßt das ganze Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich.

6. Die Natur und Verwickeltheit dieser Dinge fordert die Fortsetzung der Zusammenarbeit der Großmächte. Solch eine Arbeit erlaubt keinerlei Verzögerung, aber erträgt auch nicht feste Termine. Deshalb ist es noch nicht möglich, an eine

neue Verlegung der ganzen Abrüstungsverhandlungen nach Genf zu denken. Noch weniger können bestimmte Daten für die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen anerkannt werden.

Sir John Simon verließ Rom mit dem Zug nach Paris um 12,15 Uhr. Er wird sich in Paris nicht aufhalten.

## Oberst von Wibleben Befehlshaber im Wehrtkreis III

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Januar. Als Nachfolger des zum Chef der Heeresleitung ernannten Generalleutnants Frhr. von Frisch ist Oberst von Wibleben, Infanterieführer VI, zum Kommandeur der 3. Division und Befehlshaber im Wehrtkreis III ernannt, und zwar unter Beförderung zum Generalmajor.

Der neue Kommandeur der 3. Division und Befehlshaber im Wehrtkreis III, Generalmajor Erwin von Wibleben, wurde im Jahre 1881 in Breslau geboren. Er ist verheiratet. Sein Vater war Offizier. Nach dem Besuch der Kadettenanstalt trat er 1901 als Leutnant in das Grenadier-Regiment Nr. 7 ein. Bei Ausbruch des Krieges rückte er als Brigade-Adjutant ins Feld. Nach längerem Frontdienst wurde er 1917 Generalstabsoffizier. Nach dem Krieg war er Kompaniechef, dann im Generalstab der 4. Division. 1926 wurde von Wibleben als Generalstabsoffizier zum Infanterieführer in Potsdam befördert. 1928 wurde er Bataillonskommandeur im Infanterie-Regiment 6, 1930 Chef des Stabes der 6. Division. Am 1. April 1931 wurde von Wibleben zum Oberst befördert, dann Kommandeur des Infanterie-Regiments 8. Seit dem 1. Oktober 1933 war er Infanterieführer VI, Hannover.

## Kein Raum mehr für entbehrliche Regiebetriebe

Der Reichswirtschaftsminister hat zur Frage der Regiebetriebe der öffentlichen Hand ein Rundschreiben an die Landesregierungen gerichtet. Er erklärt u. a., es sei ihm mitgeteilt worden, daß in jüngster Zeit Regiebetriebe der öffentlichen Hand mehrfach Verträge, wie Anstellungs-, Lieferungs- und Mietverträge, die für den Bestand des Unternehmens von besonderer Bedeutung sind, auf lange Zeit verlängert haben, offenbar, um einen Abbau solcher Unternehmungen zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Ein derartiges Verhalten stehe in Widerspruch zu dem Willen der Reichsregierung, die wiederholt ausdrücklich erklärt habe, daß bei der Neugestaltung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens für entbehrliche Regiebetriebe grundsätzlich kein Raum mehr sei.

Veruche, den Abbau öffentlicher Regiebetriebe zu erschweren, oder gar unmöglich zu machen, stellen daher einen offensibaren Widerstand gegen den eindeutigen Willen der Reichsregierung dar. Der Minister bittet die Landesregierungen mit aller Entschiedenheit, gegen derartige Veruche einzuschreiten.

## Einstellung der Rettungsarbeiten

### Auf Grube „Nelson“ / Keinerlei Hoffnung mehr / Forderungen der Gewerkschaften

(Telegraphische Meldung)

Prag, 5. Januar. Die Rettungsarbeiten auf den Nelson-Schächten sind notgedrungen eingestellt worden. Die noch in der Grube befindlichen etwa 120 Bergleute sind als verloren zu betrachten. Diese Maßnahmen der Grubenleitung decken sich mit dem Beschluß der amtlichen Untersuchungskommission.

Bei dem Vordringen an die Arbeitsstelle im Nelson-Schacht III sind die Rettungsmannschaften am Donnerstagabend auf zwei Brandherde gestoßen. Man versuchte vergeblich, das Feuer mit Feuerlöschapparaten zu ersticken. Offenbar brennt das ganze Kohlenlöß des Reviers. Das Feuer breitete sich so rasch aus, daß die Arbeiten schließlich eingestellt werden mußten. Auch im nordwestlichen Teil konnte wegen zu starker Bergasung der Strecke nicht weitergearbeitet werden. Man hat sich daher entschlossen, den Mannschafschacht und den durch die Explosion zerstörten Förder-schacht, die 50 Meter von einander entfernt liegen, von der Sohle aus gegen die übrigen Teile der Grube abzusperren. Während der Nacht wurden die Sperrmauern angeführt. Es bleibt somit nichts übrig, als die Grube ihrem Schicksal zu überlassen.

Freitag früh gegen 5 Uhr erfolgte im Ostteil der Grube Nelson III eine mit starken Erschütterungen verbundene neue Explosion. Aus dem Wasser-schacht, der bisher als Zugang für die Rettungsmannschaften diente, steigt mit Rauch vermischter Wasserdampf auf.

Die Erregung der Bevölkerung über das Verwerfungsunglück ist außerordentlich angewachsen, vor allem, da man nicht einmal die Leichen der Opfer bergen können. Die Bevölkerung ist der Ansicht, daß die Katastrophe vor allem auf Sparmaßnahmen zurückzuführen ist.

In Dux sind starke Gendarmerieabteilungen zusammengezogen. Alle Hotels sind mit Gendarmerie belegt. Die Abperrungsmaßnahmen auf dem Schacht Nelson III sind im Laufe des Tages außerordentlich verschärft worden.

Die Hoffnung, in absehbarer Zeit die noch eingeschlossenen 125 Toten bergen zu können, hat man aufgegeben. Es kann Wochen oder Monate dauern, bis hinter den heute nacht errichteten Mauern die Brände erloschen sein werden.

Der deutsche Gesandte Dr. Koch begab sich in das Außenministerium, um der tschechischen Regierung anlässlich der Bergwerkskatastrophe in Dux das Beileid der Reichsregierung anzudrücken.

Prag, 5. Januar. Die Bergarbeitergewerkschaften, die am Freitag hier zu einer Beratung

## Stabilys Stedbrief

(Telegraphische Meldung)

Paris, 5. Januar. Die Annahme, daß der internationale Betrüger Stabilys von Bayonne nach Südamerika unterwegs ist, scheint sich zu bestätigen. Durch Funkbruch wurde den auf See befindlichen Schiffen der Stedbrief Stabilys übermittelt. Ein Abendblatt erörtert die Möglichkeit, daß Stabilys im Spionage-dienst einer fremden Macht gestanden haben könnte, wodurch sich sein ungeheurer Einfluß auf diplomatische und politische Kreise erklären würde. Sollte dies zutreffen, dann allerdings, so meint das Blatt, werde man wohl jede Hoffnung, seiner habhaft zu werden, aufgeben müssen.

Ministerpräsident Chauteemps hatte eine längere Unterredung mit Kolonialminister Dalimier, dessen Name im Zusammenhang mit der Betrugsaffäre von Bayonne genannt worden war. Ministerpräsident Chauteemps erklärte, Dalimier habe ihm die formelle Versicherung gegeben, daß er niemals mit dem internationalen Betrüger Stabilys zusammengekommen sei und daß er von dessen Existenz überhaupt erst an dem Tage erfahren habe, an dem der Krach von Bayonne bekannt geworden sei.

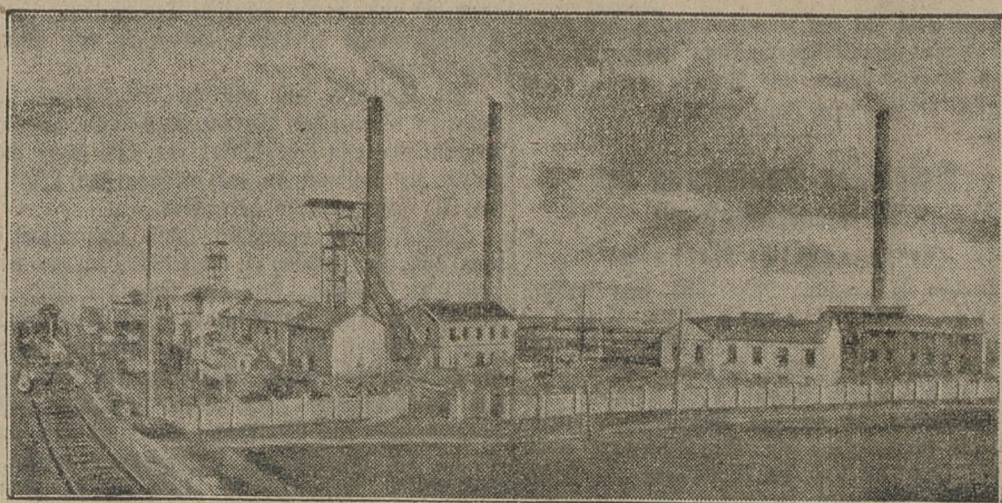
Kolonialminister Dalimier war am Abend im Ministerpräsidium. In aut unterrichteten Kreisen rechnet man bestimmt mit seinem Rücktritt.

Paris, 5. Januar. Im Innenministerium fand am Donnerstag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Chauteemps eine Besprechung mit hohen Beamten des Justizministeriums statt. Sie galt der gerichtlichen Untersuchung des Bayonner Leihhaus-Skandals. Nach Cayas soll die Regierung bereits ausländische Staaten gebeten haben, ihre Grenzen zu überwachen, um die Ergreifung der flüchtigen Betrüger zu ermöglichen. Ministerpräsident Chauteemps hatte ferner eine Unterredung mit Arbeitsminister Lamoureux und mit dem Kabinettsdirektor des Handelsministeriums. Es soll untersucht werden, wie die in beiden Ministerien unterstellten Kontrollorgane die ihnen obliegende Aufgabe der Überwachung des städtischen Leihhauses in Bayonne erfüllt haben.

Budapest, 5. Januar. Bisher sind die Namen von 11 ungarischen Aristokraten bekannt, die ihre Ansprüche aus der Haager Dptantenregelung dem russischen Hochstabler Stabilys, dem Urheber des Bayonner Bankratts, verkauft haben. Sie verkauften Ansprüche, die etwa 200 Millionen Goldkronen repräsentieren für etwa 4 Millionen Rinde. Die ungarischen Dptanten erhielten aber diese Summe nicht.



Die Lage des nordböhmisches Grubengebietes, in dem sich das schwere Unglück ereignete



Ansicht der Nelson-Schächte bei Ossegg

zusammentrafen, haben folgende Forderungen aufgestellt:

„Gewährung einer außerordentlichen Unterstützung für die Hinterbliebenen der Opfer, Unterbringung der infolge der Sperrung der Nelson-Grube beschäftigungslos gewordenen Bergarbeiter auf anderen Gruben der Gesellschaft, Verschärfung der Grubeninspektionen, insbesonbere im Hinblick auf die durch die Rationalisierungsmaßnahmen hervorgerufenen Gefahren.“

Es wurde ferner die Verstaatlichung der Kohlegruben verlangt und darauf verwiesen, daß die gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse die sofortige Erledigung des Senatsbeschlusses vom Jahre 1932 oder die Zwangsverwaltung der Gruben erfordern.“

Diese Forderungen sollen dem Ministerpräsidenten und dem Minister für öffentliche Arbeiten unterbreitet werden.





# Bergwerksdirektor Radmann wieder Präsident der Handelskammer

## Vollversammlung in Oppeln — Die Mitwirkung der Industrie- und Handelskammer beim Arbeitsbeschaffungsprogramm — Appell an die oberschlesische Wirtschaft

(Eigener Bericht)

Oppeln, 5. Januar.

Unter Vorsitz des Kammerpräsidenten, Bergwerksdirektors Radmann, Beuthen, fand in Oppeln eine Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien statt. Bis zur Neuwahl des Vorstandes wurde die Sitzung durch den Ehrenpräsidenten, Generaldirektor Dr. Hoffmann, Oppeln, geleitet. Dieser führte aus, daß der Kammer auch nach der Uebnahme der nationalsozialistischen Regierung größere Aufgaben und Ziele erwachsen sind. Die Kammer hat sich den Zielen der Regierung in vorbildlicher Weise angeschlossen, und es ist ein großes Maß von Arbeit geleistet worden, jedoch es gelungen ist, eine ganze Anzahl dringender Forderungen für Oberschlesien erfüllt zu sehen. Für diese Arbeit sprach Generaldirektor Dr. Hoffmann dem Vorstand der Kammer, insbesondere dem Präsidenten, Bergwerksdirektor Radmann, aber auch der Geschäftsführung, Syndikus Landesgerichtsrat a. D. von Stoeppharius und seinen Mitarbeitern, besonderen Dank aus.

Einstimmig erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, und zwar wurden als Kammerpräsident Bergwerksdirektor Radmann, Beuthen, als 1. Stellvertreter Generaldirektor Mälzig, Oppeln, und als 2. Stellvertreter Kaufmann Grünberg, Kreuzburg, gewählt.

Nach der Wiederwahl nahm zunächst Kammerpräsident,

### Bergwerksdirektor Radmann

das Wort und führte aus:

Zunächst möchte ich unserem Ehrenpräsidenten, Generaldirektor Dr. Hoffmann, danken, daß er die Sitzung eröffnet und die Wahlhandlung geleitet hat. Ich spreche hierbei die Hoffnung aus, daß er weiter dem Vorstand wie bisher mit Rat und Tat zur Seite stehen möge. Ich danke auch Ihnen für das mir durch die Wiederwahl bewiesene Vertrauen. Für mich ist im wesentlichen maßgeblich das Vertrauen meiner vorgehenden Dienststellen und Parteistellen, des Herrn Oberpräsidenten und des Herrn Landeshauptmanns.

### Ueber unserem wirtschaftspolitischen Programm steht der Name Adolf Hitler, über dem oberschlesischen Programm der Name Helmuth Brückner.

Die Wirtschaftspolitik in Schlesien führt nur ein Ziel, und das ist unser Oberpräsident, und zu seinen Mitarbeitern gehört ich. Das Führerprinzip und die dadurch entsprechende Zusammenarbeit ist dabei für uns Unterführer und Berater des Oberpräsidenten maßgeblich. Wir müssen in dieser Zusammenarbeit auch verstehen, an der richtigen Stelle und im richtigen Augenblick persönlich zurückzutreten. Nur so kommen wir weiter. Es ist vollkommen zwecklos, wenn von gewissen Verbänden- und Interessengruppen Reisen nach Berlin gemacht und die amtlichen Stellen belagert werden, um für eine Interessengruppe irgend etwas zu erreichen. Das dabei geübte System, gegen die böse Konkurrenz und für die eigenen Geschäftsinteressen zu arbeiten, hat in der Vergangenheit keinerlei Ergebnisse gezeitigt und wird auch niemals Erfolge bringen, auch für Oberschlesien nicht.

### Die wirklich notwendige Unterstützung für Oberschlesien kann nur im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft erzielt werden und muß deren Interessen auch angepaßt sein.

Sie kann nicht allein einer einzelnen Interessengruppe dienen, darum möchte ich hier ausdrücklich betonen, daß es allen Kreisen im Jahre 1934 klar sein muß, daß der Oberpräsident die Unterstützung von außen her bringt. Die Wirtschaft aber ist verpflichtet, das, was sie von innen heraus dazu tun kann, zu tun. Der Nationalsozialismus hat unsere Wirtschaft von marxistischen Fesseln befreit. Jeder kann sich jetzt vollkommen ungehindert um sein Geschäft, um seinen Betrieb kümmern. Die Wirtschaftspolitik in großer Linie überlassen Sie aber den Zuständigen: wir haben den besten Willen, die Wirtschaft und den Volkswohlstand zur Blüte zu bringen. Die Privatindustrie aber muß viel stärker mitarbeiten am Aufbau des deutschen Volkes. Der Erfolg des letzten Jahres beruht nur zu einem geringen Teil auf der Privatinitiative. Ich hoffe, daß das immer mehr zunehmende

Vertrauen zur Regierung Adolf Hitlers und auch die guten Aussichten für das kommende Frühjahr die Privatinitiative zur Mitarbeit veranlassen.

Im Steinkohlenbergbau sind die Feierschichten gegen Ende vorigen Jahres fast völlig verschwunden. Die Stahlerzeugung des Jahres 1933 ist gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent gestiegen.

Die Güterwarenproduktion von Januar bis November 1933 liegt gegenüber 1932 um 97 Prozent höher. Da es sich hierbei hauptsächlich

sondern sie wird stärker als früher in den Ausschüssen erfolgen. Der Einzelhandelsausschuß ist im vorigen Jahr erfolgreich in Tätigkeit getreten. Daß bei der Kammer gegründete

### Einigungsamt für Wettbewerbsstreitigkeiten

hat seine Tätigkeit auch seit einiger Zeit aufgenommen. Eine Reihe von Verhandlungen wurde durchgeführt und dafür auch Erfolge für Geschäftszweige, wie z. B. den Radiohandel, erzielt.

Bei der Durchführung des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels hat die Kammer mitgewirkt, ferner in Fragen des Raubattes, des Zugabeweiens, der Preisbindungen. In der Fettwirtschaft ist

## 875 Neueinstellungen der oberschlesischen Steinkohlengruben

### Belegschaftsvermehrung um 8% seit September 1932

Gleiwitz, 5. Januar. Die Belegschaft der oberschlesischen Steinkohlengruben hat im Dezember 1933 eine erfreuliche Vermehrung erfahren, und zwar wurden insgesamt einschließend der Grubenlokereien 875 Mann neu angelegt. Die Vermehrung gegenüber dem Tiefstand im September 1932 beträgt hiernach 2800 Mann oder rund 8 Prozent.

um Rohren handelt, so ist hierin ein Erfolg der Arbeitsbeschaffung zu erblicken. Leider steht aber im allgemeinen der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Industrie noch hinter dem Reichsdurchschnitt zurück.

Die Industrie- und Handelskammer hat im Berichtsjahr bei der öffentlichen Arbeitsbeschaffung, bei der Kreditverforgung des gewerblichen Mittelstandes, bei Beratung von Firmen des hiesigen Bezirkes in Fragen des Arbeitsbeschaffungsprogramms und bei der Vergabung öffentlicher Arbeiten mitgewirkt. Außerdem hat die Kammer für Oberschlesien Propaganda gemacht, teilweise durch Denkschriften, teilweise durch Rückfragen in Berlin, um die Aufmerksamkeit der amtlichen Stellen auf Oberschlesien zu lenken. Durch persönlichen Einjaß des Oberpräsidenten haben wir den Bau des Staubeckens bei Turawa, den Bau des Industriekanaals und Senungen des Reichsbahntarifs sichergestellt erhalten.

Die Kammer wirkt auch mit am gemeinsamen Arbeitsbeschaffungsprogramm für Schlesien. Vorsitzender des Arbeitsausschusses für das Wirtschaftsgebiet Schlesien ist Herr Dr. Nagel. Ich bin in diesem Ausschusse Stellvertreter. Wir haben bereits mit Niederschlesien die Zusammenarbeit aufgenommen. Oberschlesien wird in keiner Weise benachteiligt werden.

### Das Projekt für die Reichsautobahn ist fertiggestellt. Weiterhin wird das Projekt der Oberumlegung bei Ratibor beginnen.

17 000 Mark sind dafür angelegt. Gemeinsam vorgehen müssen wir auch mit den Regierungsstellen in bezug auf das Siedlungsproblem. Hierbei arbeiten wir auch mit der Oberschlesischen Heimstätte zusammen. Zunächst ist der Bau von Häusern vorgezogen und dann der Bau von Straßenbahnen, je nachdem, wie nahe das Siedlungsgebiet am Industriebezirk liegt.

Wir werden uns weiterhin energisch dafür einsetzen, daß

### das Reichslohnsyndikat

in Kürze geschaffen wird, da es für Oberschlesien eine unbedingte Notwendigkeit ist. Wir wollen eine reibungslose Zusammenarbeit. Mit der Vorherrschaft einzelner Verbände ist endgültig Schluß gemacht, da sie nicht immer geübt war. Die Arbeit der Kammer findet nicht mehr im Plenum statt,

es der Kammer möglich gewesen, die notwendigen Margarinefontigente zu erhalten. Leider haben wir in bezug auf Kaufhäuser und Einzelhandelspreise bisher nicht das Erreichen können, was die NS. Hago sich gedacht hat.

Ein weiterer Ausschuß ist der Außenhandelsausschuß, der in neuer Form notwendig ist. Dieser Außenhandelsausschuß wird der mittleren und weiterverarbeitenden Industrie durch Untersuchung der Außenhandelsmöglichkeiten weitere Verdienstmöglichkeiten verschaffen. Daß wir die mittlere Industrie über die schlechten Zeiten hinweggeleitet haben, verdanken wir zum guten Teil der Provinzialbank Ratibor, die sich nach Möglichkeit bemüht hat, durch Kreditgewährung der mittleren Industrie die Lebensmöglichkeiten zu erhalten. Aus dieser Erweiterung der Arbeit in den einzelnen Ausschüssen ergibt sich auch eine

### Vermehrung der Arbeit der Kammer.

Ich habe die Kammer durch zwei neue Mitarbeiter verstärkt. Im Vorjahre habe ich Herrn Dr. Meißner eingestellt, dessen Aufgabe es ist, das Statistische Amt für die Industrie- und Handelskammer aufzubauen. Es ist unbedingt notwendig, daß ein solches Statistisches Amt in Tätigkeit tritt, eriens zwecks Vergleichung der wirtschaftlichen Lage und der Bedürfnisse Oberschlesiens gegenüber dem Reich und zweitens zwecks Vergleichung mit den Nachbargebieten im Ausland (Oberschlesien und tschechoslowakisches Industriegebiet). Ferner habe ich noch einen weiteren Herrn, Dr. Zunker, bei der Kammer eingestellt, der sich vor allem mit dem Einzelhandel befaßt und der bei der Kammer neu hinzukommenden Arbeiten in Angriff nehmen soll. Eine größere Kostenvermehrung ist durch die Einstellung dieser zwei Herren der Kammer nicht entstanden, da Gehaltskürzungen eingetreten sind und auch einer der früheren Herren in Pension getreten ist.

Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen.

Wir wollen die Arbeitsbeschaffung in jeder Weise fördern. Wir wollen versuchen, im Reich für Oberschlesien Bestandnis zu gewinnen. Oberschlesien und seine Montanindustrie sollen nicht als ein lästiger Konkurrent angesehen werden, sondern als Grenzland und seine Arbeit als Grenzlandarbeit.

## Beschleunigung der Zivilprozesse

Der Leiter der Justizpressestelle beim Landgericht Gleiwitz, Landgerichtsdirektor Dr. Herrmann, teilt mit:

Die Umgestaltung des Zivilprozesses, insbesondere die nachdrücklich durchgeführte Beschleunigung des Verfahrens, verlangt die entsprechende Mitwirkung der rechtsuchenden Bevölkerung. Jeder Prozeßteilnehmer muß wissen, daß es auch in seinem eigenen Interesse unbedingt geboten ist, jede Verzögerung des Verfahrens zu vermeiden und dem Gericht alles Erhebliche rechtzeitig, vollständig und wahrheitsgemäß mitzuteilen. Wer sich eines Prozeßbevollmächtigten, insbesondere eines Anwalts bedient, möge diesen rechtzeitig, nicht erst am letzten Tage, sondern sobald wie irgend möglich unterrichten. Auf Vertagungen und Sinausziehungen der Verfahren ist nicht mehr zu rechnen, und wer sein Vorbringen verspätet, läuft Gefahr, damit ausgeschlossen zu werden oder sonstige Prozeßnachteile zu erleiden.

Wir wollen den Einzelhandel stärken. Wir wollen der mittleren Industrie über den toten Punkt bis zur immer stärkeren Konjunkturbelebung hinweghelfen.

Zum Schluß möchte ich Sie noch bitten, in bezug auf die Personalpolitik bei der Kammer folgendem Antrag zuzustimmen:

„Die Industrie- und Handelskammer ermächtigt in ihrer heutigen Vollversammlung den Vorstand, in allen Personalfragen betreffend die Beamten und Angestellten der Kammer ohne Ausnahme hinsichtlich Anstellung, Entlassung, Pensionierung und Gehaltsfestsetzung, Festlegung des Geschäftskreises und Aufgabenbereichs nach eigener Verantwortung und Entscheidung zu verfahren.“

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Wahl des Kassenturators und der Rechnungsprüfer. Als Kassenturator wurde Direktor Gumpert, Biegenhals, und als Rechnungsprüfer Kaufmann Sonnenstein, Gleiwitz, sowie Kaufmann Dr. Heidenreich, Oppeln, wiedergewählt.

Die Kammer wählte ferner als neue Mitglieder hinzu: Bankdirektor Seelig, Ratibor, und Generaldirektor Dr. Tafel von den Vereinigten Oberhüttenwerken in Gleiwitz.

### Zum Rechenschaftsbericht

für 1932/33 führte Syndikus Landesgerichtsrat a. D. von Stoeppharius aus, daß bei der Kammerumlage statt der erwarteten 183 000 Mark nur 159 000 Mark eingegangen sind, dafür ist es aber gelungen, Rückstände aus früheren Jahren einzubringen. Die Einnahmen betragen insgesamt 338 347 Mark. Bei den Ausgaben konnten zumeist noch Einsparungen erzielt werden, jedoch ein Ueberschuß von 63 507 Mark verblieb, von denen 60 000 Mark auf neue Rechnung vorgetragen wurden. Die Versammlung genehmigte die Entlastung.

Im Industriegebiet hat sich die Vereidigung eines Sachverständigen für elektrische Vorortmaschinen für Kohlegewinnung und Installationsmaterial für Starkstrom erforderlich gemacht. Es wurde hierfür Ingenieur Kuhlmann, Gleiwitz, vereidigt. Als Sachverständiger für Getreide wurde ferner Kaufmann Wahner, Nieder Herrmsdorf, vereidigt.

Gemäß Artikel 42 des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern genehmigte die Versammlung, daß in Zukunft die Vereidigung von Sachverständigen durch den Präsidenten, und zwar nicht mehr im Plenum der Kammer, erfolgt.

Der Jahresbericht für das vergangene Jahr (sa der Versammlung noch nicht vor, doch wird beabsichtigt, diesen in der Vollversammlung im Februar zu erstatten.

Kammerpräsident Radmann schloß die Versammlung mit einem dreifachen Sieg-Weil auf den Führer.













# Wasserkatastrophe bei Kolmar i. G.

## Ein Kraftwerk vernichtet

(Telegraphische Meldung)

Paris, 5. Januar. In der Nähe von Urbeis (jetzt Orbe), das westlich von Kolmar liegt, hat sich ein schweres Wasserkraftwerk- Unglück ereignet. Das Zuleitungsrohr eines zu dem dort gelegenen Wasserkraftwerk gehörigen Kanals ist gebrochen, wodurch die ganze Umgebung überflutet wurde. Das Dorf Urbeis war zeitweise ebenfalls von den Fluten bedroht. Die Feuerwehren und die Garnison von Kolmar sind an der Unglücksstelle.

Das Wasserkraftwerk liegt zwischen dem sogenannten Weißen und dem Schwarzen See. Der letztere See ist etwa 100 Meter höher gelegen. In der vergangenen Nacht ist nun das Rohr des Verbindungskanals zwischen den beiden Seen gebrochen, und in ganz kurzer Zeit hatten die herunterstürzenden Wassermassen das Kraftwerk vollkommen überschwemmt.

Neun Personen sind in den Fluten umgekommen, darunter der Direktor und der leitende Ingenieur des Wasserkraftwerkes. Nur zwei Arbeiter konnten noch im letzten Augenblick gerettet werden.

Da Gefahr bestand, daß die im Tal gelegenen Gehöfte ebenfalls von den Wassermassen erreicht werden, hat der Präfect die sofortige Räumung angeordnet. Trotz der Schnelligkeit der Hilfsarbeiten befürchtet man einen weiteren Bruch der Deiche. Die Arbeiten des Militärs und der Feuerwehr werden durch den Schnee erschwert, der etwa einen Meter hoch liegt. Der durch die Uberschwemmung der Kraftwerksanlagen angerichtete Sachschaden soll sich auf mehrere Millionen belaufen.

Die Leichen der Verunglückten konnten noch nicht geborgen werden. Es handelt sich um drei Franzosen, drei Schweizer und drei Italiener. Das Dach des Kraftwerkes wurde eingedrückt, und das ganze Gebäude ist

überschwemmt worden. Die beiden Arbeiter, die sich in Sicherheit bringen konnten, haben bei dieser Gelegenheit auch die Mutter eines verunglückten Vorarbeiters gerettet, die erst am Tage vorher zum Besuche ihres Sohnes eingetroffen und im obersten Stock des Wasserkraftwerkes untergebracht worden war.

Eine genaue Untersuchung des Uberschwemmungsunglücks am Kraftwerk Urbeis hat ergeben, daß das Unglück durch den

### Bruch eines Zuleitungsrohres

vom Weißen See zu dem 128 Meter tiefer gelegenen Schwarzen See, an dem sich das Kraftwerk befindet, verursacht worden ist. Mit einer Geschwindigkeit von 37,3 Meter in der Sekunde stürzten die Fluten den Abhang herab und prallten gegen die Mauern des Kraftwerkes. Der nördliche Teil des Gebäudes, in dem sich die Arbeiter befanden, wurde vollständig vernichtet. Die neun Verunglückten sind trotz stundenlangen Suchens mit Tauchern noch nicht gefunden worden.

Während man in den Vormittagsstunden des Freitag noch mit der Möglichkeit rechnete, daß auch der Staudamm brechen würde, gilt diese Gefahr jetzt als überstanden. Der Damm hat dem ungeheuren Druck der stundenlang herabstürzenden Wassermassen standgehalten.

# Der deutsch-polnische Grenzverkehr

## Ausführungsbestimmungen des Preussischen Innenministers

Der Preussische Innenminister hat unter Zustimmung des Reichsinnenministers Ausführungsbestimmungen zu dem deutsch-polnischen Abkommen über Erleichterungen im Kleinen Grenzverkehr erlassen. Wie der Parlementsdiens des Deutschen Nachrichtenbüros meldet, genießen die in dem Abkommen bezeichneten Personen Wohnsitz im Grenzbezirk beim drei Monate vorfeldist die vorgezeichneten Erleichterungen im Kleinen Grenzverkehr ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit. Eigentümer von Grundstücken genießen die Erleichterungen des Abkommens vom Tage des Besitzantritts ab, sonstige Nutzungsverpflichtete vom Beginn ihres Rechtsanspruchs ab. Personen, die im Betriebe eines Nutzungsberechtigten beschäftigt sind, vom Tage des Beginns des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses ab. Für Familienangehörige eines Nutzungsberechtigten gilt die Frist von drei Monaten nicht, wenn diese Personen im Betriebe des Nutzungsberechtigten beschäftigt sind. Zuständige Behörde, die nach dem Schlußprotokoll einzelne Gemeinden oder Ortsteile ausnahmsweise und vorübergehend von den Bestimmungen des Abkommens ausschließen kann, ist der Regierungspräsident. Die Wiedereinziehung einer auf polnischer Seite ausgeschlossenen Gemeinde oder Ortsteil in den Grenzbezirk kann bei der zuständigen polnischen Behörde von dem Regierungspräsidenten beantragt werden, dessen

Amtsbezirk an den Amtsbezirk der erwähnten polnischen Behörde angrenzt.

Der Antrag auf Ausstellung eines Grenzausweises ist grundsätzlich persönlich bei der Passbehörde zu stellen. Ausnahmsweise ist auch die Antragstellung durch Vermittlung der Ortspolizeibehörde möglich. Wird der Antrag bei der Passbehörde gestellt, so hat die Ortspolizeibehörde die Identität des Antragstellers sowie die Tatsache seines Wohnsitzes oder Aufenthalts im Grenzbezirk zu bescheinigen. Das für den Grenzausweis zu verwendende Lichtbild muß aus neuerer Zeit stammen und die Gleichheit der dargestellten Person mit dem Ausweisinhaber zweifelsfrei erkennen lassen. Lichtbilder, die bereits einen Stempel oder den Teil eines Stempels tragen, dürfen nicht verwendet werden. Das Lichtbild ist im Grenzausweis dauerhaft zu befestigen und abzustempeln. Grenzausweise für eine Einzelperson sind, abgesehen von den Fällen, in denen die Ausstellung eines solchen Ausweises ausdrücklich beantragt worden ist, nur auszustellen, wenn Katafagen vorliegen, die an sich die Verfassung des Ausweises rechtfertigen, wenn aber die Verfassung im Hinblick auf den dargelegten Zweck des Grenzübertritts eine besondere Härte bedeuten würde.

In die sechstägige Frist, während deren Inhaber polnischer Grenzausweise sich ohne weiteres im deutschen Grenzbezirk aufhalten können, wird der Tag des jeweiligen ersten

# Neuer Bestechungsandal in Belgien

(Telegraphische Meldung)

Brüssel, 5. Januar. Unter dem Verdacht, sich der Beamtenbestechung schuldig gemacht zu haben, sind der Direktor und ein Beamter des Justizministeriums, ein Sekretär der Generalstaatsanwaltschaft, ein Geistlicher und eine Frau verhaftet worden. Durch die Bestechungen sollte erreicht werden, daß mehrere Gefangen begnadigt und Ausweisungsbefehle gegen mehrere fremde Staatsangehörige zurückgezogen würden. Der verhaftete Geistliche war bereits wegen unerlaubter syndikalistischer Betätigung aus Frankreich ausgewiesen worden.

weises durch eine andere Person als den Inhaber, die Benutzung des Ausweises zu Schmuggelzwecken sowie die Ueberschreitung des Geltungsbereichs und der Geltungsdauer des Ausweises anzusehen ist. Die Ausführungsbestimmungen sind mit dem 1. Januar 1934 in Kraft getreten.

# Verwirklichung nationalsozialistischer Staatsgrundsätze

## In der Preussischen Landesverwaltung

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Januar. In dem am 1. Januar in Kraft getretenen Gesetz über die Anpassung der preussischen Landesverwaltung an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates werden die gewählten Beamten und Ehrenbeamten durch ernannte ersetzt. Der Preussische Minister des Innern und der Finanzminister haben nunmehr nähere Bestimmungen über die Ernennungen herausgegeben.

Die Ernennung des Vertreters des Landrates und des Oberbürgermeisters wird auf die Regierungspräsidenten übertragen. Nach Möglichkeit soll ein Vertreter bestellt werden, der die Befähigung zum Richteramt oder durch Ablegung der zweiten Prä-

fung zum höheren Verwaltungsdienst erworben hat.

Bei der Ernennung der Mitglieder der Bezirks-, Kreis- und Stadtverwaltungsgeschichte soll Bedacht darauf genommen werden, daß sich unter den zu ernennenden in ausreichender Zahl Angehörige der für den Bezirk des Verwaltungsbereiches wichtigsten Berufsstände sowie Personen befinden, die in der Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände praktische Erfahrung gesammelt haben.

Vor allem werden kommunale Ehrenbeamte, also Kreisräte, Gemeindefürsorgebeamte, Gemeindefürsorge-Ratsherren in Betracht kommen. Die Ernennungen sind, um einem Stillstand der Verwaltungsrechtspflege vorzubeugen, umgehend nach Bechnen mit dem Gauleiter der NSDAP. zu vollziehen.

## Strafrechtliche Nachprüfung in jedem Fall

# Schärfere Strafverfolgung von Konkursvergehen

Berlin, 5. Januar. Die Strafvorschriften der Konkursordnung ermöglichen es, Personen zur Verantwortung zu ziehen, die sich nicht rechtzeitig ihren Gläubigern offenbart und durch den Fortbetrieb dieses an sich überschuldeten Unternehmens die Gläubiger geschädigt haben. Zahlreiche Zuweigerhandlungen gegen die Strafbestimmungen der Konkursordnung bleiben ungesühnt, weil sich niemand findet, der den Tatbestand aufdeckt und Anzeige erstattet. Seit Jahren ist immer wieder darüber Beschwerde geführt worden, daß Personen, die ihre Gläubiger in unverantwortlicher Weise geschädigt haben, straffrei bleiben und vielfach sogar ein neues Geschäft errichten, oder das bisherige Unternehmen weiterführen.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer hat mit Vertretern der beteiligten Ministerien, Konkursrichtern, Konkursverwaltern und Ange-

hörigen der Wirtschaft über eine Abstellung dieses Mißstandes beraten. Man stellte fest, daß zwar in allen Konkursfällen eine strafrechtliche Nachprüfung erfolgt, bezeichnete es aber als Mangel, daß in den meisten Fällen, in denen die Eröffnung des Konkursverfahrens wegen geringfügigkeit der Masse abgelehnt wird, eine strafrechtliche Nachprüfung nicht vorgenommen wird. Es soll deshalb bei der Industrie- und Handelskammer eine Stelle eingerichtet werden, die diese Nachprüfung vornimmt. Die Industrie- und Handelskammer erwartet, daß ihr bei den der Allgemeinheit dienenden Prüfungen keine Schwierigkeiten erwachsen. Sollte etwa durch Vorenthalten der Geschäftsbücher die Vornahme der Prüfungen erschwert werden, so reichen die geltenden Bestimmungen aus, um derartige Störversuche zu verhindern.

Reichsbankdiskont 4%  
Lombard . . . . . 5%

# Berliner Börse 5. Januar 1934

Diskontsätze  
New York 2 1/2% Prag . . . . . 5%  
Zürich . . . . . 2% London . . . . . 2%  
Brüssel . . . . . 3 1/2% Paris . . . . . 2 1/2%  
Warschau 5%

Aktien		
Verkehrs-Aktien		
heute	vor	
AGF. Verkehrsw.	62	60
Allg. Lok. u. Str.	91 1/2	89
DT Reichsb. Vorz.	110 1/2	108
Evag.	27	25 1/2
Hamb. Hochbahn	134 1/2	132 1/2
Nordd. Lloyd	208 1/2	203

Bank-Aktien		
heute	vor	
Adca	44 3/4	39 1/2
Bank f. Br. Ind.	43 1/2	39 1/2
Bank elekt. W.	63 1/2	63 1/2
Berl. Handelsb.	88	87 1/2
Com. u. Priv. B.	46	46
DI. Bank u. Disc.	54 3/4	54 1/2
DI. Centralboden	80	78
DI. Colodisch	100	100
DI. Hypothek. B.	57	57
Dresdner Bank	59 1/2	59
Reichsbank	167 1/2	168 1/2

Industrie-Aktien		
heute	vor	
Aaccum. Fabr.	116 1/2	116
A. G.	26 3/4	27
Ag. Kunstzijde	41 1/2	40 1/2
Anhalter-Kohlen	80	80
Aschaff. Zellst.	37	37

Steuergutscheine		Reichsschuldbuch-Forderungen	
1934	102 1/2	102 1/2	—
1935	99 1/2	99 1/2	—
1936	98 1/2	98 1/2	—
1937	97 1/2	97 1/2	—
1938	96 1/2	96 1/2	—

